

ANNEGRET HÜNNINGHAUS

Bündnis 90/Grüne in der Volkskammer der DDR

Eine Bestandsbeschreibung

22. März 1990, Haus der Demokratie, Berlin. Vier Tage nach der ersten freien Wahl der DDR-Volkskammer saßen sich zwanzig frisch gewählte Abgeordnete des Neuen Forum (NF), der Grünen Partei (GP), der Bürgerbewegung Demokratie Jetzt (DJ) und der Initiative für Frieden und Menschenrechte (IFM) an dem Ort gegenüber, der im Dezember 1989 vom Zentralen Runden Tisch der DDR aus SED Parteivermögen an die ostdeutsche Bürgerbewegung übergeben worden war.

Zwanzig Abgeordnete, die sich nach einem für alle Beteiligten enttäuschenden Wahlergebnis zur Fraktion Bündnis90/Grüne zusammengeschlossen hatten, beabsichtigten, gemeinsam Politik zu machen und am wohl letzten Kapitel DDR-Geschichte mitzuschreiben.

Eine harte Zeit lag vor ihnen. Ursprünglich für vier Jahre gewählt, sollten sie nun, innerhalb von sechs Monaten ein Land neu strukturieren und angliedern.

Auf die Abgeordneten warteten schwierige Arbeitsbedingungen. Während die eigentliche parlamentarische Arbeit schon in vollem Gang war, musste sich die Fraktion der Bündnisgrünen erst einmal organisieren. Zwar waren die Ausschüsse verteilt, ein Fraktionsgeschäftsführer ernannt und ein Parlamentarischer Geschäftsführer sowie der Fraktionssprecher gewählt, doch gab es außer Wolfgang Templin keinen regulären Mitarbeiter der Fraktion.

Erst Mitte Mai konnte eine Pressestelle eingerichtet werden, wurden Finanzexperten und Juristen eingestellt und persönliche Mitarbeiter gesucht. Auch Arbeitsmaterialien wie Schreibmaschinen und Kopiergeräte konnten erst zu diesem Zeitpunkt angeschafft werden. Hinzu kamen Probleme mit den Räumlichkeiten. Die Mitglieder der Fraktion Bündnis 90/Grüne mussten öfter ihre Büros wechseln. Es gab Fälle, in denen sich drei Abgeordnete mit ihren Mitarbeitern ein Büro teilten.¹ Der Unfalltod der Abgeordneten Ilse Nierade und die damit verbundene Einarbeitung ihres Nachfolgers erschwerten die Arbeit ebenfalls.

Inzwischen mussten sich die Abgeordneten bei ihrer parlamentarischen Arbeit durch Berge von Papier kämpfen. Matthias Platzeck drückte das so aus: «Es war für viele das erste Mal im Leben, Druckerzeugnisse nach Gewicht zu verarbeiten. Die Faustregel lautete: werktags ein Kilogramm, sonntags ein halbes Kilogramm.»² Denn die meisten Anträge und Gesetzesentwürfe wurden schon am nächsten Tag in der Volkskammer debattiert und verabschiedet. Die Schwerpunkte der parlamenta-

- 1 Interview mit Priska von Klitzing, ehemalige Mitarbeiterin der Fraktion, geführt am 24.10.1998 mit Annegret Hünninghaus in Gosen bei Berlin.
- 2 «Die ersten 100 Tage...» von Matthias Platzeck, in: Regenbogen. Berlin 1.Jg. (1990) Nr. 1, S. 1.

rischen Arbeit der Fraktion Bündnis 90/Grüne, wie auch aller anderen Volkskammerfraktionen, bildeten die Themen «deutsche Verfassung» und «Einigungsvertrag» sowie der Zeitpunkt der Vereinigung der beiden deutschen Staaten. Dieser führte in den Tagen um den 17. Juni 1990 zu einer «innerfraktionellen Zerreißprobe», als einige Mitglieder um Konrad Weiß, Dr. Wolfgang Ullmann und Vera Wollenberger³ sowie Abgeordnete aus den Fraktionen der SPD und CDU einen Antrag auf den sofortigen Anschluss nach Artikel 23 zum Geltungsbereich des Grundgesetzes in die Volkskammer einbringen wollten. Diese Aktion rief innerhalb der Fraktion Bündnis 90/Grüne eine «messerscharfe und schonungslose», aber dennoch sachliche Diskussion hervor, die als Reifeprüfung der Fraktion angesehen wurde.⁴

Die letzte DDR-Volkskammer befasste sich mit drei großen Gesetzgebungsverfahren.

Das erste fand am 21. Juni 1990, der 16. Tagung der Volkskammer, statt und entschied über das Gesetz zum Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland vom 18. Mai 1990. Alle anwesenden bndnisgrnen Abgeordneten stimmten gegen dieses Gesetz.

In der Frage um den Termin der Selbstauflosung der DDR und des Beitritts zur BRD, die die zweite namentliche Hauptabstimmung betraf, zeigte sich die Fraktion gespalten.

Die letzte große Abstimmung betraf den Einigungsvertrag, der das eigentliche Dokument der staatlichen Vereinigung und der Selbstauflosung der DDR darstellt. Seine Ausarbeitung stand unter enormem Zeitdruck. Die Parlamente beider deutscher Staaten waren nur formal daran beteiligt und unzureichend informiert. Trotzdem gelang es, in wenigen Tagen vor der Verabschiedung noch einige Veränderungen zu beschließen.⁵ Hier hatte die Fraktion Bündnis 90/Grüne einen maßgeblichen Anteil. So wurden die Akten der Staatssicherheit nicht wie geplant ins Bundesarchiv nach Koblenz verlegt, sondern einer neu gegründeten Behörde übergeben, deren Leitung der bndnisgrne Abgeordnete Joachim Gauck übernahm.⁶

Die letzten Arbeitswochen vor der Wiedervereinigung und der Auflösung der Volkskammer waren bei der Fraktion bestimmt von Planungen für die Übergangszeit, also die Zeit vom 3. Oktober 1990 bis zur ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl am 2. Dezember 1990. In der Fraktionssitzung vom 18. August 1990 wurde in geheimer Wahl darüber abgestimmt, wer nach der Vereinigung in den Bundestag delegiert werden sollte. Die Weiterbeschäftigung der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen und die weitere Verwendung der finanziellen und organisatorischen Ressourcen waren zu klären.

Auf der Tagesordnung der Vorstandssitzung am 18. September 1990 stand die Frage: «Was wird aus den Schriftgutbestnden?»⁷ Ein erstes Konzept sah vor, die

3 Ebd.

4 Ebd.

5 Vgl. Jens Reich: Fraktion Bündnis 90/Grüne Partei: Positionen und Bilanz, in: Mandat für deutsche Einheit, Die 10. Volkskammer zwischen DDR-Verfassung und Grundgesetz, Opladen 2000 S. 174.

6 Seine Nachfolge als Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes trat die ebenfalls bndnisgrne Abgeordnete Marianne Birthler im Jahr 2000 an.

7 Protokoll der Vorstandssitzung der Fraktion Bündnis 90/Grüne am 18.09.1990, in: AGG B.III, Sign. 6.



Plakat zur Volkskammerwahl am 18.3.1990



Einladung zum Kongress am 19.6.1990

Akten in einen Teil «öffentlicher Bestand» und in einen zweiten Teil «Fachbereiche» zu gliedern und in die Struktur des Berliner Büros der neuen Bundestagsfraktion einzubringen.⁸ Ein zweites Konzept sah vor, unter anderem die Protokolle der Volkskammer, eine Zeitungs- und Presseschau, Gesetzblätter und die Protokolle der Fraktionssitzungen sowie eine doppelte Überlieferung der Drucksachen zu archivieren. Pressemitteilungen und Presseveröffentlichungen sollten bei den Abgeordneten angefordert und ebenfalls im Archiv aufbewahrt werden.

Mitte November 1990 begannen die Mitarbeiterinnen Priska von Klitzing, Dorothee Busching und Silvia Benjowski mit dem Aufbau des Archivs, das in Anlehnung an das zweite Konzept strukturiert wurde.

Als «Unterstellmöglichkeit» kam die Robert-Havemann-Gesellschaft, als Archiv der DDR-Opposition, die Heinrich-Böll-Stiftung⁹, als grünnahe politische Stiftung, oder ein staatliches Archiv in Betracht. Auf jeden Fall aber sollten die Akten vorerst im Berliner Büro der Bundestagsgruppe Bündnis 90/Die Grünen, das sich im Reichstag befand, untergebracht werden, um dort als Sachakten für politische Verhandlungen mit der zukünftigen Fraktion bzw. als ein Wissenspool für die Abgeordneten der fünf neuen Länder zu dienen.

Nach etwa viermonatiger Arbeit an der Zusammenstellung der Akten übergab man diese dem Berliner Büro der Bundestagsgruppe Bündnis 90/Die Grünen. Nach

8 Ebd.

9 Die Heinrich-Böll-Stiftung in Köln sollte das Archiv für den Fall aufnehmen, dass keine neue Bundestagsfraktion zustande käme, in: Persönliche Aufzeichnungen Priska von Klitzing vom 15.11.1990.



Alle Abgeordneten und Mitarbeiter/innen der Volkskammerfraktion Bündnis 90/Grüne 1990.

deren Auszug aus dem Reichstagsgebäude Anfang des Jahres 1995 wurden die Akten in zehn Kisten verpackt und dem Archiv Grünes Gedächtnis der Heinrich-Böll-Stiftung übergeben.

Somit ist der Bestand *B.III Volkskammerfraktion Bündnis 90/Grüne* eine Zusammenstellung verschiedener Ablagen der Fraktion sowie der einzelnen Fraktionsangehörigen. Er gliedert sich in Unterlagen der Fraktionsgeschäftsführung, darunter die Protokolle der Fraktionssitzungen, in allgemeine Korrespondenzakten der Fraktion, Sammlungen von Stellungnahmen und Anträgen sowie die Personalunterlagen der Fraktion. Den Hauptteil des Bestands machen die Dokumente der einzelnen Abgeordneten der Fraktion Bündnis 90/Grüne aus. In ihnen finden sich vorrangig Unterlagen zur Fraktions- und Ausschusstätigkeit, daneben Korrespondenzen und Veröffentlichungen. Die Akten der Abgeordneten Joachim Gauck und Bernd Reichelt wurden nicht überliefert. Im Bestand enthalten sind schließlich noch Sammlungen der Protokolle der Volkskammertagungen von April bis Oktober 1990 sowie Drucksachen der Volkskammer und Gesetzesblätter der DDR.

Interessanterweise sind Unterlagen zur Bündnispolitik der Bürgerbewegungen untereinander sowie zu den Beziehungen zu den Grünen in der Bundesrepublik in allen Teilen des Bestandes enthalten. Sie dokumentieren die Entwicklung vom April bis zum Herbst des Jahres 1990. Vereinzelt finden sich in den Akten der Abgeordneten auch Dokumente aus der Zeit vor der Konstituierung der Volkskammerfraktion, zumeist aus ihrer Mitarbeit am Runden Tisch.

Der Bestand *B.III Volkskammerfraktion Bündnis 90/Grüne* im Archiv Grünes Gedächtnis gibt Einblick in die politische Arbeit der Fraktion und einzelner Fraktionsmitglieder.

Er wurde nach der Arbeit als öffentlich zugängliche Dokumentation zusammengestellt und ist insofern auch ein Kunstprodukt.